

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 27.03.2018

Junge Welt

28.03.2018

London trommelt gegen Moskau

Fall Skripal: 14 EU-Staaten weisen Diplomaten aus, Russland reagiert



Das Büro der EU-Kommission in Moskau (23. März)

Foto: Reuters/Sergei Karpukhin

Nach dem Giftanschlag im britischen Salisbury weisen 14 EU-Staaten russische Diplomaten aus. Weitere Maßnahmen in den kommenden Tagen und Wochen seien nicht auszuschließen, sagte Ratspräsident Donald Tusk am Montag im bulgarischen Warna. Mit den koordinierten Schritten erhöhen die EU-Mitgliedstaaten den Druck auf Russland. Aus ihrer Sicht ist die dortige Regierung mit »aller Wahrscheinlichkeit« für den Giftanschlag

auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und dessen Tochter verantwortlich. Russland weist die Vorwürfe zurück. Großbritannien wolle die Beziehungen der EU zu Russland untergraben. Es zwingt die verbleibenden EU-Staaten dazu, mit Sanktionen die Zusammenarbeit mit Russland zu erschweren, schrieb die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Montag auf Facebook. Der Vizechef des Außenausschusses des russischen Oberhauses, Wladimir Dschabarow, erklärte am Montag in Moskau: »Ich denke, die Antwort wird ähnlich und höchstwahrscheinlich angemessen sein.«

Vier russische Diplomaten müssen Deutschland innerhalb von sieben Tagen verlassen, teilte das Auswärtige Amt am Montag mit. Man habe über das Vorgehen in enger Abstimmung innerhalb der Europäischen Union und mit NATO-Verbündeten entschieden. Außenminister Heiko Maas (SPD) erklärte, Fakten und Indizien im Fall Skripal wiesen nach Russland. Die russische Regierung habe bisher keine der offenen Fragen beantwortet und keine Bereitschaft gezeigt, eine konstruktive Rolle bei der Aufklärung des Anschlags spielen zu wollen. In der Erklärung des Auswärtigen Amts heißt es weiter, die Ausweisung erfolge auch vor dem Hintergrund der kürzlichen Cyberoperation gegen das IT-System der Bundesregierung, die sich nach bisherigen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit russischen Quellen zurechnen ließe. Hauptbetroffener der Hackerattacke sei das Auswärtige Amt gewesen.

Auch die USA und die Ukraine beteiligen sich an der konzertierten Aktion: 60 russische Geheimdienstmitarbeiter müssten das Land verlassen, außerdem werde das russische Konsulat in Seattle geschlossen, gab das Weiße Haus am Montag in Washington bekannt. Kiew will 13 russische Diplomaten loswerden. Das sei die Antwort auf die «zynische chemische Attacke in Salisbury», teilte Präsident Petro Poroschenko am Montag mit. (Reuters/dpa/jW)